

## Jahresbericht der SP Dietlikon 2024

Wie die letzten Jahre, möchte das Co-Präsidium der SP Dietlikon den Jahresbericht dazu nutzen, die kommunalen, kantonalen sowie nationalen politischen Ereignisse Revue passieren zu lassen. Vorab bedankt sich das Präsidium beim Vorstand für seinen Einsatz und bei allen unseren Mitgliedern, welche sich im Dorf in einer Behörde engagieren und/oder sich aktiv am Gemeindeleben beteiligen.

### Ereignisse auf Gemeindeebene

Zwei Gemeindeversammlungen und eine kommunale Ersatzwahl - eher ein ruhiges Politisches Jahr in Dietlikon. An der Gemeindeversammlung vom 24. Juni, traditionellerweise auf dem Dorfplatz, mussten die Stimmberchtigten die Wurst und das Bier trotz eigentlich kleiner Traktandenliste redlich verdienen. Während die Jahresrechnungen von Politischer- und Schulgemeinde sowie die Abrechnung über den Umbau/Erweiterung des Alterszentrums ohne grosse Diskussionen erledigt werden konnten, wurde die Genehmigung der Revision der örtlichen Polizeiverordnung zum doch sehr langatmigen Geduldspiel. Mit zwei Ausnahmen wurden sämtliche Anträge jedoch abgelehnt, und nach stundenlanger Diskussion war das «Gemeinschaftswerk» der Hardwaldgemeinden auch in Dietlikon politisch unter Dach und Fach. Ganz vom Tisch ist die Angelegenheit in der Folge aber nicht, hatte die Oberinstanz dann noch Vorbehalte gegen die Formulierungen im Bezug auf Drohnen.

Kurz und bündig konnte die Gemeindeversammlung vom 9.12. erledigt werden, standen doch nur die beiden Voranschläge für das Jahr 2025 auf der Traktandenliste, welche mehr oder weniger Diskussionslos genehmigt wurden.

Durch den Rücktritt von unserem Schulpflegemitglied Oliver Wenczel wurde eine Ersatzwahl nötig. Erfreulicherweise stellten sich zwei Personen zur Verfügung, Ivana Lassanianos welche von der FDP portiert wurde und der parteilose Rafal Ciechanowski. Am Urnengang vom 22.9.2025 obsiegte dann Ivana Lassanianos, welche ab Herbst Einsitz in der Schulpflege nehmen konnte. Schön aus unserer Sicht, dass Rafal in der Folge regelmässig an unseren Versammlungen teilnimmt.

Die Schulpflege steht vor grossen Investitionen bei ihren Liegenschaften. Nachdem in den letzten Jahren diverse Studien in Auftrag gegeben wurden, gilt es nun langsam ernst. An einer parteiinternen und öffentlichen Veranstaltung orientierte die Schule über das Vorgehen. Im Moment ist aus Sicht der SP noch sehr viel unklar. Beim Grundsatz «Sanieren vor Neubauten» besteht wohl grosser politischer Konsens. Es braucht aber noch sehr viel Detailplanung, wie das Ganze verwirklicht werden soll. Sanieren während einem laufenden Schulbetrieb scheint aus unserer Sicht nicht möglich. Die SP hat Ihre Anmerkungen sowohl in einer internen Stellungnahme an die Schulpflege als auch in einem öffentlichen Beitrag im Kurier kundgetan.

Im Zusammenhang mit diesen grossen Investitionen forcierte die SP auch das Thema Einheitsgemeinde. Die separate Schulgemeinde wird kaum in der Lage sein, die Vorhaben finanziell im Alleingang zu stemmen. Die SP hat die Exekutiven gebeten, sich dem Thema anzunehmen, andernfalls sich die SP überlegt, eine entsprechende Initiative zu lancieren. In der Folge hat das Präsidium fleissig lobbyiert. FDP und SVP teilen inzwischen ohne Einschränkung die Haltung der SP, von den anderen Parteien ist kein fundamentaler Gegenwind zu erwarten, da auch sie die Vorteile einer Einheitsgemeinde sehen. Die scheinbar doch eher skeptische Haltung der Schulpflege können wir nicht unbedingt nachvollziehen - aus unserer Sicht würde es der Schulgemeinde doch mehrheitlich Vorteile bringen. Eine Einheitsgemeinde beisst sich auch nicht mit dem Vorhaben der Schulgemeinde, auf operativer Ebene Veränderungen vorzunehmen.

Der Druck, den wir hier Zug für Zug aufgebaut haben, zeigte schlussendlich Wirkung. Schulpflege und Gemeinderat setzen sich im April 2025 zusammen und diskutieren gemeinsam das Thema. Die Parteien werden bis Mai 2025 über das Ergebnis informiert. Anschliessend wird die SP zusammen mit den anderen Parteien das weitere Vorgehen beschliessen.

Das Thema Tempo 30, welches von der SP/GLP/BVD vor Jahren aufs Tafel gebracht wurde, ist nun auch auf der Zielgeraden und soll nun sukzessive umgesetzt werden.

Ein Highlight im Jahr 2024 war ausserhalb der Politik natürlich die 900 Jahr Feier. Ein Fest der Superlative, welches viele Begegnungen ermöglichte.

## SP- Ausflug

Franziska Gisler organisierte einen Besuch im Igelzentrum in Zürich-Oerlikon und nach einem spannenden Vortrag inkl. Besichtigung von momentan aufgenommenen Igeln wurde der Anlass mit einem gemeinsamen Mittagessen abgeschlossen.

## Kantonale Abstimmungen

Kantonal wurden im letzten Jahr insgesamt fünf Abstimmungsvorlagen dem Stimmvolk vorgelegt. Die Stimmabteiligung war dabei im Bereich von 45.61% bis 57.77%.

Bei der etwas trocken wirkenden Verfassungsänderung des Kantons Zürich für die Voraussetzung der Wahl an die obersten kantonalen Gerichte wurde unisono von allen Parteien und den Räten die Ja Parole beschlossen, und so kam es dann auch zur wuchtigen Annahme mit 89.34% Ja Stimmen.

Die Volksinitiative «Für öffentliche Uferwege mit ökologischer Aufwertung» beinhaltete gute Argumente und Ansätze, die den Souverän allerdings nicht zu überzeugen vermochten. Mitte-Rechts und die Räte empfahlen die Ablehnung, und so kam es dann auch mit einem Nein Anteil von 64.03%.

Im Rahmen der Abstimmung zur «Pistenverlängerung Flughafen Zürich» zeigte sich einmal mehr der Kontrast zwischen den vom Fluglärm betroffenen Gemeinden und den übrigen Gemeinden im Kanton Zürich. Die Flughafenbetreiberin argumentierte u.a. mit Sicherheitsüberlegungen, die Gegner hingegen sahen dies als Vorwand, um eigentlich die Kapazität des Flughafens zu erhöhen. Die Bürgerlichen Parteien und die Räte empfahlen die Annahme, und so kam es dann auch mit einem Ja Anteil von 57.56%.

Die Kantonale Volksinitiative zur Durchsetzung von Recht und Ordnung («Anti-Chaoten-Initiative») beinhaltete ausser der Vorlage der Initianten, die in der Form einer allgemeinen Anregung eingereicht worden war. ?was noch? Die Initiative ging dem Regierungsrat und dem Kantonsrat aber zu weit, weswegen ein Gegenvorschlag erarbeitet wurde. Die Volksinitiative wurde von der Bevölkerung mit 59.17% abgelehnt, wobei der Gegenvorschlag des Kantonsrates punkten konnte und mit 63.79% Ja Stimmen angenommen wurde.

Das «Bildungsgesetz (Stipendien für vorläufig aufgenommene Ausländerinnen und Ausländer)» wurde nur in den Städten Zürich und Winterthur angenommen, im Rest des Kantons war die Vorlage chancenlos, obwohl sie die Räte sowie alle Parteien ausser der SVP, FDP und EDU zur Annahme empfohlen haben. Der Nein Anteil betrug 54.36%.

## Nationale Abstimmungen

National wurden im letzten Jahr insgesamt zwölf Abstimmungsvorlagen dem Stimmvolk vorgelegt. Die Stimmabteiligung war dabei im Bereich von 44.89% bis 58.36%

Das Jahr begann mit einem grossen Erfolg. Die eidgenössische Volksinitiative «Für ein besseres Leben im Alter (Initiative für eine 13. AHV-Rente)» wurde angenommen. Dies ist insofern ein Erfolg, als dass bei bis dato 369 zustande gekommenen Volksinitiativen nur gerade einmal 25 vom Volk und den Ständen angenommen wurden. Die 58,3% Zustimmung konnte nur erreicht werden, weil sich auch in Teilen der Basis des bürgerlichen Lagers Sympathien für diese Volksinitiative herauskristallisiert haben. Das Ständemehr wurde auch erreicht.

Die zweite Volksinitiative «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative)» hingegen, wurde vom Souverän mehr als deutlich «bachab» geschickt. Mit einem Zuspruch von gerade einmal 25.2% und einer Nullrunde bei den Ständen war nichts zu holen.

Einige Monate später sollte sich die Statistik über die Erfolgschancen der Volksinitiativen wieder bewahrheiten. Gleich deren drei sollten zur Abstimmung kommen.

Die Volksinitiative «Maximal 10 % des Einkommens für die Krankenkassenprämien (Prämien-Entlastungs-Initiative)», welche der SP am Herzen lag, wurde leider mit 55.5% der Stimmen und einem deutlichen Ständemehr-Nein abgelehnt.

Die zweite Volksinitiative «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen (Kostenbremse-Initiative)» wurde ebenfalls, jedoch deutlicher mit 62.8% und einem Ständemehr-Nein abgelehnt.

Und weil die Statistik selten lügt, hatte auch die Volksinitiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit», lanciert durch die Freiheitliche Bewegung Schweiz (FBS), keinen Erfolg und wurde mit einem kolossalen Nein von 73.7% richtiggehend versenkt. Bei den Ständen bekam man eine Null.

Das Bundesgesetz über «eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien (Änderung des Energiegesetzes und des Stromversorgungsgesetzes)» wiederum schaffte es mit 68.7% der Stimmen, angenommen zu werden. Die SP freute sich, da dies ein richtiger und wichtiger Schritt für die Zukunft ist.

Volksinitiative «Für die Zukunft unserer Natur und Landschaft (Biodiversitätsinitiative)». Wer vorhin richtig gelesen hat, der kennt das Ergebnis schon. Zur Enttäuschung der SP verlief die Abstimmung nicht zu unseren Gunsten. Unter anderem die Bauern konnten mit ihren Argumenten bei der Bevölkerung besser trumpfen. Hier zeigt sich wieder der schmale Grat zwischen Naturschutz, Versorgungssicherheitsängsten und Eingriff durch den Staat. Mit 63.04% kam ein kräftiger Nein Wind entgegen. Auch die Stände wahren mehrheitlich auf der Seite des Nein Lagers.

Die Änderung des «Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) (Reform der beruflichen Vorsorge)» scheiterte ebenfalls mit 67.13% Nein Stimmen und einer absoluten Nullrunde bei den Ständen.

Der Bundesbeschluss über den «Ausbauschritt 2023 für die Nationalstrassen» wurde mit 52.7% der Stimmen abgelehnt. Auch die SP fasste hier die Nein Parole und konnte sich am Schluss zu den Siegern zählen. Ob sich die Abstimmungsgewinner am Abend zum Rösti essen trafen, ist nicht bekannt.

Mit der Salamitaktik versuchte die ImmobilienLobby durch zwei Änderungen im Obligationenrecht das Mietrecht auszuhöhlen.

Die «Änderung des Obligationenrechts (Mietrecht: Untermiete)» wurde nur knapp mit 51.6% abgelehnt. Die zweite Abstimmung «Änderung des Obligationenrechts (Mietrecht: Kündigung wegen Eigenbedarfs)» wurde da schon deutlicher abgelehnt. Mit 53.8% Nein Stimmen konnten wir einen wichtigen Erfolg feiern.

Bei der «Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) (Einheitliche Finanzierung der Leistungen)» befürchtete die SP u.a. einen frappanten Negativeffekt auf die Pflegequalität, die Krankenkassenprämien sowie die Franchise und den Selbstbehalt. Die Initiative wurde jedoch mit einem Ja Anteil von 53.3% angenommen.

## Mitgliederbestand

Reguläre Mitglieder	31
Sympathisanten	15
Eintritte	1 Sympathisant
Austritte	2, 1x Todesfall

Das Co-Präsidium  
Manuel Aebersold und Geri Schneider